

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Montags-Sonntags
bei Abholung in den Buchdruckereien der Stadt 1.80 RM., in den Buchläden
und bei Buchhändlern 1.90 RM., bei Abholung im Buchgeschäft 1.95 RM.
Bei Abholung im Buchgeschäft 2.00 RM.
Postgebühren 50 Pf., Telegraphen 10 Pf., Sonderabonnement 20 Pf.
Postleitzahl: 52001. Sonderabonnement: 52001. Postleitzahl: 52001.
Telegramm: Tageblatt Frankenberger.

Anzeigenpreise: Die Grundpreise für bis zu 16 mm breite einpolige
Anzeigen beträgt 20 Goldpfennig. Für bis 18 mm breite Anzeigen 60 Goldpfennig. Mehr Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachrufe
und Beleidigung 1 Gold-Gedenkblatt. — Für kleinste Spalten und
für Plakatzeichen 10 Goldpfennig. Bei gefüllten Kästchen und im Weiters
hinzugefügten Erwähnung nach leisender Steife.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amthauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa
+ Notarlesbrief und Vertrag: C.G. Rossberg (Inhaber Ernst Rossberg jun.) in Frankenberg + Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert-Frankenberg +

Nr. 65

Freitag den 18. März 1927 nachmittags

86. Jahrgang

Aurzer Tagespiegel

Das Reichskabinett hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Finanzausgleich beschäftigt.

Die deutsch-saarländische Volkspartei spricht in einem Telegramm an den Reichsaufnahmeherrn Dr. Stresemann ihren Dank für die saarländischen Interessen vor dem Völkerbund aus.

Reichspräsident Löbe ist soweit wiege beregetzt, daß er die Amtskraft verlassen und sich nach seiner Wohnung begaben könnte.

In Berliner Völkerbundkreisen wird die Nachricht von dem bevorstehenden Rücktritt der gemeinsamen Kommission für Oberschlesien, Galizien, bestreitet.

Im französischen Senat hat gestern der saarländische Senator Ecard unschöne Schärfe Anklage gegen Deutschland gerichtet, wobei ihm Reichspräsident Poincaré vollkommen zustimmt.

In den französisch-russischen Verhandlungen ist eine ernste Krise ausbrechen.

Zaleski erklärte Pressevertretern, daß die Verhandlungen mit Deutschland in etwa zehn bis zwölf Tagen aufgenommen werden könnten und daß Polen in allerndächster Zeit zur Aufnahme der Garantieverhandlungen mit Russland eingesetzt könnte.

Gesandter Rauscher ist wieder in Warschau eingetroffen. Er wird bereits heute eine Unterredung mit Zaleski haben.

Die Sowjetregierung hat in einer neuen Note an China die sofortige Freilassung der verhafteten Frau Borodina gefordert.

Coollige soll gewillt sein, seine Wiederaufstellung als Präsidentenkandidat abzulehnen.

Vander Velde hat im belgischen Senat ausgegeben, daß Deutschland das volle Recht habe, die Frage der Rheinlande zurückzuwerfen. In Paris ist vom Leiter des deutschen Wirtschaftsdelegationen dem Ministerialdirektor Poel und dem französischen Handelsminister Golosowski das Protokoll unterzeichnet worden, das die Absicht hat, über einen zügigen definitiven Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich zu regeln.

Wichtige diplomatische Verhandlungen in Berlin

(Eigener Informationsdienst)

Berlin, 18. März.

Reichsaufnahmeherr Dr. Stresemann hatte in den letzten Tagen eingehende Besprechungen mit dem russischen Botschafter, dem Botschaftersatzkonsul und dem politischen Gesandten. Die zuständigen Stellen erklärten, hierzu, daß es sich bei diesen Unterredungen lediglich um Erörterungen der sich ändernden politischen Fragen handele. Nach unseren Informationen kommt den Unterredungen Dr. Stresemanns mit den Vertretern der russischen Macht jedoch hochpolitische Bedeutung zu. Bei der Verhandlung mit dem politischen Gesandten handelt es sich allerdings nur um die Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau über die Niederlassungsfrage. Das Warschauer Kabinett hat allerdings im Gegensatz zu der Reichsregierung noch keinen Beschluß über den Zeitpunkt der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen gefaßt und auch der Verhandlung des polnischen Außenministers mit Dr. Stresemann in Genf bisher nicht zugestimmt. In den Berliner Regierungskreisen wird diese Verzögerung durchaus nicht für selbstverständlich betrachtet, sondern man ist hier durchaus der Überzeugung, daß die diplomatischen Besprechungen schon in den allernächsten Tagen eingesetzt werden. Der deutsche Gesandte ist jedenfalls mit neuen Instrumenten und weitgehenden Vollmachten versehen, wieder auf seinen Posten zurückzukehren.

Was nun die Besprechungen Dr. Stresemanns mit dem italienischen Botschafter betreffen, so werden daran Komplikationen gehaftet, die durchaus unrichtig sind. Man will wissen, Italien wolle den deutschen Außenminister veranlassen, zwischen Rom und Moskau zu vermitteln. Diese Vermittlungssaktion sei durchaus notwendig angefaßt, berücksichtigt eingetretenen Abstand in den Beziehungen Sowjet-Russlands zu Italien. In Moskau hat tatsächlich die italienische Anerkennung der Rumänien Botschafts durch Rumänien, die während der jüngsten Völkerbundtagung erfolgt ist, stark verstimmt. Gegenüber

Rußlands Furcht vor der Isolierung

Mitigkeit der Moskauer Außenpolitik

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin 18. März.

Die Moskauer Regierung hatte mit großer Vorsicht die jüngsten Verhandlungen in Genf versucht und bestrebt offenbar, daß der britische Außenminister Chamberlain verhindern würde, auch Deutschland für seine Einflusspolitik gegenüber Russland zu gewinnen. Auch in den deutschen politischen Kreisen hatte man zunächst Bedenken, daß Dr. Stresemann in seinen Besprechungen mit Chamberlain gewisse Einflüsse unterlegen könnte. Es besteht jetzt aber Gewißheit darüber, daß der britische Außenminister nicht im geringsten den Versuch gemacht hat, eine Neuronterierung der deutschen Außenpolitik herbeizuführen. In der Wilhelmstraße wird das bestätigt und man weiß mit allem Nachdruck davon, daß für die deutsche Außenpolitik die Abmachungen von Locarno und der Berliner Vertrag mit Russland auch weiterhin die Grundlage bilden werden. Das Kabinett ist sich in dieser Hinsicht durchaus einig und auch die deutsch-nationalen Minister schenken in Übereinstimmung mit ihrer Fraktion eine einseitige Orientierung der deutschen Außenpolitik entschieden ab. Wie wir von diplomatischer Seite hören, hat auf Auseinandersetzung des Auswärtigen Amtes der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brodorff-Ronthon, erneut bei den dortigen Regierungsstellen darauf hingewiesen, daß die vielfach geäußerten Bedenken, Deutschland könnte in Genf gewisse Bindungen eingegangen sein, die dem Berliner Vertrag widersprechen und eine unerwünschte Maßnahme gegen die Sowjetregierung darstellen würden, durchaus ungutstellend sind. In den Berliner Regierungskreisen verzweifelt man nun mit Genugtuung, daß die maßgebenden russischen Männer jetzt eine andere Haltung gegenüber Deutschland einnehmen und ihre Besprechungen fallen gelassen haben, daß Dr. Stresemann mit Chamberlain gewisse Vereinbarungen getroffen hätte.

Nachdem in Moskau wieder eine Beruhigung eingetreten ist, entfaltet man dort wieder mehr Aktivität in der Außenpolitik, die ganz offensichtlich gegen England gerichtet ist. Es sei nur auf den soeben vollzogenen Abschluß des russisch-lettischen Vertrages hingewiesen, der zweifellos einen Sieg über die englische Politik in den Baltikus-Ländern darstellt. Lettland sieht sich mit diesem Vertrage zweifellos in Gegenzug zu Estland, aber die lettische Regierung weist sehr wohl, daß dem Lande von seitens Englands sogar größere Gefahren drohen, als von dem kleinen Estland. Mit dem Vertrage mit Lettland hat Moskau allerdings nur einen Bruchteil seiner Bestrebungen in den Randstaaten erreicht. Die Ziele der Moskauer Machthaber gingen vor allem dahin, auch mit Finnland einen Garantievertrag abzuschließen. Während der finnische Gesandte in Moskau sich mit allem Nachdruck für eine bestätigte Politik eingesetzt hatte, hat man jedoch in finnischen Regierungskreisen in letzter Stunde abgewichen und der Gesandte Finnlands in Moskau ist von seinem

Posten abberufen worden, weil er anscheinend eine Politik auf eigene Faust getrieben hat. Die russisch-französischen Verhandlungen scheinen jetzt gleichfalls wieder in Gang zu kommen, was die gestrige Unterredung des russischen Botschafters in Paris, Ratoski, mit Briand beweist. Tschauder, der russische Botschaftsminister für Auswärtiges, hatte zwar in Aussicht genommen, sich persönlich nach Paris zu begeben, um diese Verhandlungen, denen zunächst die Frage der Anerkennung der russischen Kriegsschulden zu gründen liegt, zu fördern. In den unterrichteten Kreisen Berlins liegen jedoch zuverlässige Informationen vor, nach denen Tschauder in vorläufig seinem Plan aufgegeben und Ratoski mit der Führung der Verhandlungen beauftragt hat.

Gefährdung der französisch-russischen Schuldenverhandlungen

Paris, 17. 3. Die russische Delegation für Schuldenverhandlungen mit Frankreich lehrt es weiterhin ab, eine Entschließung für das von den Russen nationalisierte französische Eigentum zu verhandeln, eine Hauptvorbedingung Poincarés für die Wiederaufnahme der Verhandlungen. Um einen Bruch der Vorbesprachungen zu vermeiden, haben einzelne französische Delegationsmitglieder vorgeschlagen, diese Frage einer internationalen Konferenz der interessierten Staaten zu unterstellen. Zur Unterstützung dieser These wird angeführt, daß das von den Russen nationalisierte französische Eigentum ein Fünftel alles von den Russen nationalisierten ausländischen Eigentums bildet.

Russische Propagandamöve im Baltikum

Riga, 17. 3. Die Moskauer „Pravda“ nimmt erneut Stellung zu dem russisch-lettischen Vertrage und betont, daß dieser ein besonderer Erfolg der russischen Diplomatie sei. Natürlich verzichtet sie auch, daß sich der Vertrag nicht gegen den Völkerbund richtet, vielmehr in allen Punkten mit den Völkerbandsanträgen übereinstimmen. — Wie weiter gemeldet wird, nähern sich die russisch-lettischen Verhandlungen über den Garantievertrag gleichfalls einem Ende. Es blieben nur noch (1) die Punkte über den Völkerbund und eine technische Frage betreffend die Ostsee offen.

Diesen Ausführungen der sowjetrussischen Presse gegenüber ist jedoch wohl festzustellen, daß Lettland schon aus dem Grunde nicht gegen die Völkerbandsanträge verschwiegen haben kann, weil in der hierfür in Betracht kommenden Frage bisher zwischen Russland und Lettland keine Einigung erzielt worden ist. Da die Frage der Völkerbandsverpflichtungen Lettlands das Kernproblem des russisch-lettischen Vertrages ist, ist somit anzunehmen, daß der Optimismus und die Freude der Moskauer Presse über den angeblichen Erfolg der Verhandlungen mit Lettland nur aus dem Grunde so stark gezeigt werden, um auf Lettland und Estland einen Druck auszuüben.

diesen Vermutungen muß jedoch festgestellt werden, daß die deutsche Außenpolitik sich in diese heile Frage nicht einzumischen gedenkt. Am bedeutungsvollsten ist zweifellos die letzte Besprechung Dr. Stresemanns mit dem russischen Botschafter. Es sei nur darauf hingewiesen, daß sich die schweizerische Presse neuerdings eingehend mit der Möglichkeit von Verhandlungen zwischen der Schweiz und Sowjetrussland über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen beschäftigt. Als Folge der Ernennung des Russen Morowitschi in der Schweiz hatte die Moskauer Regierung damals die diplomatischen Beziehungen zu der Schweiz abgebrochen. Die Sowjetregierung hatte seinerzeit erklärt, die von der Schweiz gegebene Genehmigung genüge teilsessels. Die Moskauer Regierung scheint aber jetzt eine verschärfte Haltung einzunehmen zu wollen, die darauf hinausläuft, die diplomatischen Beziehungen mit der Schweiz wieder aufzunehmen. Tatsächlich hatte der Gesandte der Schweiz in Berlin mit dem russischen Botschafter in den letzten Tagen über diese Frage eine Besprechung. Das Berliner Auswärtige Amt ist über den Gang der Verhandlungen auf dem laufenden gehalten worden und man nimmt in den Berliner politischen Kreisen an, daß die letzte Unterredung des russischen Botschafters mit Dr. Stresemann dem Ziele galt, Deutschland um Ver-

mittlung anzugehen. Den Anstoß zur Wiederaufnahme der russisch-schweizerischen Verhandlungen soll im übrigen der Völkerbund gegeben haben. Bei den jüngsten Generäler Verhandlungen soll diese Frage eingehend zur Erörterung gestanden haben. Wenn Anschein nach ist man angesichts der in Aussicht genommenen Überlastungskonferenz bestrebt, auch die Sowjetregierung zu bewegen, daran teilzunehmen. Die Teilnahme der Moskauer Regierung war bisher bekanntlich aus dem Grunde nicht möglich, weil das russische Volkskommissariat für Auswärtiges sich im Hinblick auf den Abbau der Beziehungen zu der Schweiz geweigert hatte, eine Delegation auf schweizerischer Boden zu entsenden.

Rabinettberatung über die schwierige Finanzlage

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 18. März.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers beschäftigte sich das Reichskabinett am Donnerstag nachmittag mit der schwierigen Finanzlage des Reiches. Der Reichsfinanzminister Dr. Adhler referierte eingehend über diese Frage und machte Mitteilung von dem Ergebnis seiner bisherigen Bespre-

chungen mit den Vertretern der Regierungsparteien. Es handelt sich für das Reichsfinanzministerium jetzt darum, nach Einnahmewellen zu suchen, um die sich als notwendig ergebenden Mehrausgaben in Höhe von 700 bis 800 Millionen Mark zu decken. Dieser Betrag ist im Voranschlag nicht eingeplant und stellt gewissermaßen ein Defizit dar. Die Mehrausgaben ergeben sich aus der Erwerbslohnförderung, für die 250 Millionen Mark invachegeplante Ausgaben benötigt werden, der Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses in Höhe von 80 Millionen, der Investitionsförderung von 150 Millionen, der Entschädigung der Liquidationsbeschädigten von 80 Millionen und aus dem Finanzausgleich 60 Millionen Mark Mehrauswendungen. Da die Verhandlungen in den Regierungsparteien noch andauern, ist das Kabinett zu seinem Beschuß geangt.

Schärfere Angriffe gegen die deutsche Reichswehr im französischen Senat

Paris, 18. 3. Der elsässische Abg. Ecard ergriff im Laufe der Senatsdebatte über die Jagdfreiheit für das Kriegsbudget das Wort, um einen Vergleich zwischen dem französischen und deutschen Heeresbudget zu führen. Der Abgeordnete riefte heftige Angriffe gegen die deutsche Reichswehr, von der er sagte, sie bilde einen Staat im Staate. Die Kredite für das deutsche Heeresbudget 1927 seien unvermindert hoch geblieben. Die Sozialisten hätten nur eine Verminderung um 1 Prozent durchsetzen können. Gehler verweigerte die Kontrolle über die Kredite. Die von dem Belgier de Broqueville geführte Bewilligung sei daher vollkommen begründet. Der Abgeordnete behauptete weiter, daß russische Fabriken für die Reichswehr arbeiten. Erst kürzlich seien 350 000 Soldaten aus Russland in Stettin eingetroffen. Hindenburg habe erklärt, daß Deutschland wieder dasselbe werden müsse, was es war. Graf Walther habe ähnliche unruhige Neuverträge gemacht. Das alles und ähnlichliches führte der Redner, wie sich zeigte, mit deswegen an, um schließlich die Annahme des französischen Kriegsbudgets zu rechtfertigen. Poincaré erklärte abschließend, man müsse den Ausführungen des Senators volle Aufmerksamkeit schenken. Alle Maßnahmen zur Sicherheit des Friedens und der nationalen Sicherheit müssen getroffen werden.

Gilbert gegen den Staat?

Erfolg papistischer Wahlarbeit.

Paris, 17. 3. Der „Temps“ will erfahren haben, daß der Reparationsagent wegen der Höhe des deutschen Reichssetsatzes Befürchtungen bei der deutschen Regierung erheben wollte.

Das Blatt beruft sich für das Vorgehen des Generalagenten auf die Aufforderung der sogenannten deutschen Friedensgesellschaften.

Die Richtlinien für den künftigen deutsch-französischen Handelsvertrag

Berlin, 17. 3. Von dem Leiter der deutschen Wirtschaftsdelegation und dem französischen Handelsminister Boissanowski ist, wie die Tll. erläutert, das Protokoll unterzeichnet worden, das die Richtlinien für einen zukünftigen definitiven Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich regelt. Von französischer Seite wird demgemäß auf das Rüttigungsrecht des Provisoriums, das den Franzosen zum 21. März auf den 1. April ausstand, verzichtet werden. Das zur Zeit die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich regelnde Provisorium, das am 1. Juni läuft, ist auf Wunsch der Franzosen erweitert worden. Den Franzosen ist ein ihren Wünschen entsprechendes Kontingent der Wein einfahrt nach Deutschland zugestanden worden, während der deutschen Industrie Zugeständnisse für die Einführung von chemischen und elektrischen Handelszeugnissen sowie von Maschinenexport nach Frankreich gemacht wurden.

Paris, 18. 3. (Kunstspruch) Die gestrige Unterzeichnung der Richtlinien für den künftigen deutsch-französischen Handelsvertrag bestimmt das „Journal“ als eine besonders wichtige Phase in den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Das Blatt kommt dann auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die sich seit mehr als zwei Jahren dem Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages